

CDU-Ratsfraktion

Fraktion Bielefelder Mitte

FDP im Rat der Stadt Bielefeld

Herrn Oberbürgermeister Pit Clausen

Bielefeld, 11.07.2019

Antrag zu TOP 14 zur Sitzung des Rates am 11.07.2019.

Sehr geehrter Herr Clausen,

zu o.g. TOP stellen wir folgenden Antrag:

Der Rat der Stadt Bielefeld erklärt:

Die Geschwindigkeit der gegenwärtigen Klimaveränderungen weist im Vergleich zu den in den erdgeschichtlichen Epochen aufgetretenen eine neue Qualität auf. Geowissenschaftler sehen die Erde auch insoweit längst im Anthropozän, also in dem Zeitalter, in dem der Mensch zu einem entscheidenden Faktor geworden ist, der Natur und Umwelt verändert. Die Staatengemeinschaft hat darauf zuletzt mit dem Pariser Abkommen von 2015 reagiert.

Die Weltbank schätzt, dass in den kommenden 30 Jahren die Zahl der Klimaflüchtlinge auf bis zu 140 Millionen Menschen ansteigen kann. Bereits 1,5° Celsius Erderwärmung können gravierende Folgen haben. Auch in Bielefeld wird der Klimawandel zu spüren sein und ist es teilweise schon. Verantwortliche Politik nimmt große Herausforderungen an. Hysterie und Panik führen dabei zu keinen Lösungen, denn gerade bei drängenden und umfassenden Problemen ist kluges und durchdachtes Handeln notwendig. Bielefeld bekennt sich zu rationalem und belegbar wirkungsvollem Klimaschutz. Aktionismus und Bekenntnispolitik sind gerade angesichts der Wichtigkeit des Handlungsfeldes fehl am Platz.

- 1) Wir bekennen uns ausdrücklich zu dem Ziel des Pariser Abkommens, die Erderwärmung zu begrenzen. Die daraus resultierenden Ziele zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes sind verbindlich.
- 2) Wir appellieren an die Bielefelder Bürgerinnen und Bürger, eigenes Handeln und Gewohnheiten zu hinterfragen. Jeder kann und soll einen Beitrag leisten, um die vereinbarten Klimaziele zu erreichen.
- 3) Es kann jedoch nicht erwartet werden, dass die Lösung dieses Problems allein durch Eigenverantwortung von Einzelpersonen erreicht wird. So sind wir einer generationengerechten Politik verpflichtet, welche unzweifelhaft dafür einsteht, Umwelt und Natur vor irreversiblen Schäden

zu bewahren. Unsere klimapolitische Verantwortung ist daher wichtige Leitlinie aller politischen Entscheidungen, um klimabedingte Negativfolgen für Mensch, Tier und Vegetation möglichst zu verhindern.

- 4) Wir setzen uns überregional dafür ein, das Erreichen der gemeinsamen Klimaschutzziele nachdrücklich und zielorientiert voranzutreiben. Hierbei sehen wir Emissionshandel als zentrales Leitinstrument in der Klimapolitik, erkennen Technologieoffenheit als notwendig für größtmögliche Effizienz und drängen auf umfangreiche Forschungsförderung.
- 5) Wir wissen um unsere gemeinsame Verpflichtung, auch kommunalpolitisch in bestem Sinne und mit der nötigen Tatkraft darauf hinzuwirken, dass die Ziele des Pariser Abkommens erreicht werden können. Wir befürworten vor diesem Hintergrund u.a.
- das Forcieren klimaneutraler Mobilität,
 - den Ausbau erneuerbarer Energien und
 - die Schaffung energieeffizienter Gebäude.

Es gilt dabei, bei allen Initiativen die Menschen mitzunehmen, ihrer Lebenswirklichkeit gerecht zu werden und Maßnahmen zu ergreifen, die wirklich einen Beitrag zur Problemlösung liefern.

- 6) Wir fordern die Einstellung eines angemessenen Klimabudgets in den städtischen Haushalt, welches unter anderem durch Stellenkürzungen, Prozessoptimierung und Bürokratieabbau zu finanzieren ist. Das Klimabudget wird verwendet, um bereits in 2019:
- Schülerinnen und Schülern zwischen 5 und 25 Jahren mit einem Schulticket die kostenlose Nutzung des ÖPNV zu ermöglichen,
 - die Mitnahme von Fahrrädern im ÖPNV kostenfrei zu stellen,
 - den ÖPNV durch WLAN in Bahnen und an Haltestellen attraktiver zu machen,
 - das Radwegenetz parallel zu den Hauptverkehrsstraßen des motorisierten Verkehrs und in Grünanlagen auszubauen,
 - den Aufbau eines tragfähiges Ladestation-Netzes für Elektromobilität im gesamten Stadtgebiet durch Stadtwerke und Private zu fördern und
 - einen Pilotversuch für Wasserstoffantriebe zu prüfen.

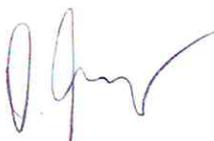
Die Entscheidung über die konkrete Mittelverwendung obliegt dem Hauptausschuss der Stadt Bielefeld.

gez. Ralf Nettelstroth
(CDU Ratsfraktion)

gez. Dorothea Becker
(Fraktion Bielefelder Mitte)

gez. Jasmin Wahl-Schwentker
(FDP im Rat der Stadt Bielefeld)

Für die Richtigkeit:



Dr. Daniel Friedenborg